

Der Courier  
Ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.  
Erscheint jeden Mittwoch.  
Bezugspreis:  
für Canada \$2.00  
für Ausland \$3.50

# Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"  
Is the leading Canadian Paper  
in the German language.  
Issued every Wednesday.  
Subscription price:  
in Canada \$2.00  
to foreign countries \$3.50  
Office and printing plant:  
1835 Halifax Street, Regina.

22. Jahrgang.

14 Seiten.

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 19. Juni 1929.

14 Seiten.

Nummer 33.

## Premier Gardiner bleibt im Amt

### Liberaler Konferenz gibt ihm einmütige und begeisterte Unterstützung und schenkt ihm volles Vertrauen.

#### Legislatur wird nach dem 12. August einberufen.

### Sie soll über das weitere Schicksal der Provinzregierung von Saskatchewan entscheiden.

Regina. — Der politische Horizont von Saskatchewan scheint sich allmählich zu klären und aufzuhellen. Besonders erfreulich ist, daß die Gardiner-Regierung, unterstützt von der liberalen Legislaturfraktion, sich nicht durch den Druck der vereinigten Opposition vom gerade Wege abbringen läßt, sondern unbeeinträchtigt davon ihre Entscheidungen trifft.

**Eine „Koalitionsregierung“.**  
Konservative, Progressive und Unabhängige hatten sich in brüderlichem Verein in Regina zusammengefunden, um hier im Hotel Saskatchewan über die weiteren Schritte der Oppositionsgruppen zu beraten. Ohne die Stellungnahme der noch im Amt befindlichen Saskatchewan-Regierung abzuwarten, wollten sie die Provinz vor eine neue Aufgabe stellen, nämlich vor eine Koalitionsregierung der drei Gruppen. Da sie sich gar so ungeduldig gebärden, müßten sie es wohl ziemlich eilig damit haben, möglichst bald auf die Ministerfelle der Provinz zu gelangen. Sie einigten sich auf drei Punkte, nämlich auf Reform des Justizdienstes der Provinz, auf Beibehaltung der Identität einer jeden Gruppe und auf Bewegungsfreiheit auf dem Gebiete der Dominionpolitik. Herr Dr. J. I. M. Anderson, der sich schon in der Rolle des neuen Premiers von Saskatchewan fühlte, legte seine Stelle als Führer der konservativen konservativen Partei nieder und ließ sich zum Führer der vereinigten Opposition oder „Koalition“, wie man sich schon nannte, erklären. Man ließ der Öffentlichkeit auch wieder einmal eine Ministerliste zugehen, in der Herr Dr. Anderson als Premier und Unterrichtsminister figurierte, während sein Kampfgeselle J. Bryant dabei leer ausging. Mit anderen Worten: man verteilte das Heil des Landes schon, bevor man ihn erlegt hatte.

**„Programm“ des Dr. J. I. M. Anderson.**  
Dazu kamen noch einige programmatische Erklärungen des Herrn Dr. Anderson, die diesmal außerordentlich salbungsvoll gehalten waren und sogar den Widerstrebenden prophezeiten, sie würden von seiner Politik angenehm enttäuscht bzw. überführt sein; denn die bösen Gegner der Konservativen hätten ihn in ein ganz falsches Licht gesetzt. Auch den Beamten des Justizdienstes gab er eine beruhigende Versicherung. Er tröstete sie nämlich mit dem Gedanken, daß er als Premier von Saskatchewan nur die politischen Zwecke mißbrauchten Angelegenheiten der unfähigen Beamten entlassen werde, während die anderen angeführt im Dienste der „Koalitionsregierung“ verbleiben dürften. (Dr. Anderson hat hier wahrscheinlich zu bemerken vergessen, daß alle Justizbeamten nach seiner Ansicht unfähig sind, die nicht in das konservative Horn tuten. Man weiß ja nur zu gut, daß der konservative Premier Rhodes von Neuschottland (Nova Scotia) nicht weniger als 629 Angehörige der vorhergehenden liberalen Regierung entlassen hat; gewiß waren nicht alle von diesen unfähig und ungeeignet.)

## Neue englisch-amerikanische Ära?

Windsor, England. — Charles G. Dawes, der ehemalige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, wurde offiziell der neuen amerikanischen Vorkämpfer in Großbritannien, als seine Begleitungsreise von englischen Königin in Schloß Windsor angenommen wurden.  
Dawes befand sich in Begleitung von Arthur Henderson, dem neuen britischen Außenminister, Vizepräsident von Lord Curzon, Frau Dawes, und J. V. Wood vom britischen auswärtigen Amt, als er seine Begleitungsreise dorthin antrat. König George erteilte seine besondere Genehmigung für den Empfang von Dawes in die Lage zu versetzen, unverzüglich sein Programm bezüglich Eröffnung einer neuen Ära in den anglo-amerikanischen Beziehungen aufzunehmen.

**Die Progressive und „Unabhängigen“.**  
Das Unerhörte an der ganzen Situation ist, daß sich die Progressive und „Unabhängigen“ von Herrn Dr. J. I. M. Anderson so willenslos ins Schlepptau nehmen lassen. Sie forderten gemeinsam mit den Konservativen den Rücktritt der Gardiner-Regierung und benahmen sich so, als wären sie ein Herz und eine Seele mit Herrn Dr. J. I. M. Anderson. Ob wohl alle Wähler dieser Progressive und „unabhängigen“ Kandidaten mit einem solchen Vorgehen ihrer Vertreter einverstanden sind? Da hätten sie ja eben so gut statt

**Progressiven sind „Unabhängigen“ gleich.**  
Konferenzen erwählen können. Das hätte wenigstens ehrlicher und aufrichtiger ausgefallen. Der gemäß es, den Progressive und „Unabhängigen“ nur einen Stüber in Gehalt eines Ministerpostens hinzuzufügen, um sie für die konservativen Pläne einzufangen?

**Liberaler stehen hinter Gardiner.**  
Doch Premier Gardiner, dieser mutige und entschlossene Mann, ließ sich durch die Wandler seiner Gegner nicht beirren. Er berief die erwählten liberalen Abgeordneten so-

(Fortsetzung auf Seite 5)

## Erklärung des Premier Gardiner.

Nach der liberalen Konferenz am letzten Sonnabend wurde von Premier Gardiner von Saskatchewan folgende offizielle Erklärung erlassen:  
„Die amtlichen Wahlslisten lassen klar erkennen, daß die Regierungspartei die größte Gruppe im Hause darstellt, unterstützt von einer beträchtlich größeren Stimmenzahl als jeder der nächstgrößten Gruppe und einer etwas größeren Stimmenzahl als zwei kombinierten Gruppen.  
„Die Wahl ist noch nicht beendet und kann es nicht sein, bis alle amtlichen Zählungen vorgenommen und alle Erfordernisse des Saskatchewan-Wahlgesetzes erfüllt sind, besonders hinsichtlich der Nachzählungen und der noch abzuhaltenden verbotenen Wahlen.  
„Es war meine Pflicht als Premierminister, den Leutnant-Gouverneur mit der vorliegenden Sachlage vertraut zu machen. Das habe ich getan. Zwei einzuschlagende Wege wurden sorgfältig

1) Der Leutnant-Gouverneur möge erlucht werden, den Führer der zweitgrößten Gruppe aufzufordern, eine Regierung zu bilden.  
2) Der Leutnant-Gouverneur möge erlucht werden, die Legislatur an einem möglichst baldigen Datum einzuberufen, um vor der Öffentlichkeit und auf dem Boden der Legislatur den Willen der gewählten Volksvertreter dahingehend festzustellen, wer in der Lage ist, die Regierung zu führen.  
„Hinsichtlich der Vertretung des Führers einer politischen Partei, die keine klare Mehrheit in der Legislatur hat und nicht einmal die stärkste politische Gruppe in der Legislatur umfaßt, zur Bildung einer Regierung, ist das Kabinett der Ansicht, daß eine verantwortungsbewusste Selbstverwaltung eine Entscheidung durch die Legislatur selbst verlangt, nicht aber durch informelle Fraktionsführungen von Gruppen hinter verschlossenen Türen, sondern durch alle erwählten Volksvertreter, die auf dem Boden der gegebenen Verfassung sprechen und abstimmen.  
„Es ist mir kein Präzedenzfall in Großbritannien oder in Canada bekannt, nach dem man empfehlen könnte, daß der Führer einer Partei, die über die zweitgrößte Gruppe im Hause verfügt, vor Zutritt zum Kabinett oder einer Legislatur zur Bildung einer Regierung aufgefordert werden sollte. Es gibt jedoch viele Präzedenzfälle für den Zutritt zum Kabinett, wenn keine Gruppe eine Mehrheit hat, wobei eine Mehrheitsgruppe das Kabinett darüber entscheiden läßt. Dies geschah 1923 in Großbritannien und 1925 in Ontario.  
„Der Regierung ist kein amtlicher Bericht über die Ergebnisse einer Konferenz zugegangen, die unter anderem in der Legislatur erwählten Gruppen abgehalten worden ist, aber nach Presseberichten über eine Konferenz am letzten Dienstag fand, wie von zwei konservativen Abgeordneten gemeldet wird, eine Besprechung über gewisse Bedingungen für ein Abkommen wäre, das für alle Abgeordneten des Hauses wohl annehmbar wäre, wenn die jetzige Regierung zurücktreten sollte.  
„Unter den vereinbarten Angelegenheiten befand sich auch die Behauptung, daß die Gruppen ihre eigenen behalten sollten. Damit würde also eine Minderheitsgruppe die Regierung kontrollieren und die volle Verantwortung für Schaffung dieses Zustandes würde dem Kabinett zufallen. Diese Verantwortung sollte von den erwählten Volksvertretern übernommen werden, die in der Legislatur Wort und Stimme haben. Die Wähler haben keine Information über den Gedankengang, der zu den Schlüssen geführt hat, die in einer Konferenz hinter verschlossenen Türen zustande gekommen sind. Sie haben ein Recht darauf, auf Grund der Legislaturbesprechungen offiziell die Ansichten ihrer erwählten Vertreter in so wichtigen Angelegenheiten kennen zu lernen, bevor ein Kabinett die Verantwortung dafür übernimmt, die Verwaltung an eine andere Minderheit zu übertragen.  
„Ich habe daher die Verantwortung dafür übernommen, den Leutnant-Gouverneur in dem Sinne zu beraten, daß er die Legislatur an einem möglichst baldigen Datum einberufe, nachdem die Wahlen in Übereinstimmung mit dem Saskatchewan-Wahlgesetz vorüber sind. Das wird möglichst bald nach dem 12. August der Fall sein, wenn die in Cumberland verfallene Wahl abgehalten worden ist.  
„Bei dem Entschluß, die Legislatur einzuberufen, hegt die Regierung nicht den Wunsch, den Anschein zu erwecken, als ob man die Meinung und den Willen des Volkes beeinträchtigen wolle, sondern die Regierung als Vertreterin der stärksten Gruppe im Hause, und unterstützt von einer größeren Stimmenzahl als jede andere Partei, hält es für ihre Pflicht im Interesse der Provinz, an dem anerkannten verfassungsmäßigen Vorgehen der britischen und canadischen Parlamente festzuhalten.  
„Die Einschlagung eines anderen Kurles würde heißen, dem Volke das Recht abzusprechen, seine Meinung auszudrücken und sich nach der in der Verfassung vorgesehenen Weise selbst zu regieren, nämlich durch seine erwählten Vertreter und in Übereinstimmung mit einem wohl begründeten parlamentarischen Vorgehen.  
„An der kurzen Zwischenzeit, die bis zur vollständigen Beendigung der Wahl und bis zum Zusammenritt der Legislatur vergehen muß, ist es die Pflicht der Regierung, sich von weiteren Erklärungen zu enthalten, abgesehen von jenen, welche die Fortführung der öffentlichen Geschäfte erfordern.“

## Canadisches Parlament verlagert.

### Gesitzung in Throneide gewährt.

Ottawa. — Unter den üblichen Zeremonien wurde das canadische Parlament, die dritte Session des jetzigen Parlaments, feierlich verlagert. Die Session hatte seit 7. Februar oder insgesamt 84 Tage gedauert.

Der Generalgouverneur verlas wie gewöhnlich die Schlußrede, worin es als erfreulich bezeichnet wurde, daß eine weitere Steuerermäßigung und eine beträchtliche Verminderung der Staatsausgaben erzielt werden konnten. Die Finanzlage Canadas habe sich formidabel gebessert und mit der günstigeren Gestaltung der Eisenbahnfinanzen Schritt gehalten. Besonders wurde auch auf die Fertigstellung der Hudson Bay-Bahn bis Churchill hingewiesen. Ferner wurde der Ausdehnung des Schiffahrtsdienstes nach Südamerika, Westindien, Südamerika, Australien und Neuseeland gedacht, wurden die Änderungen des canadischen Straßengesetzes hervorgehoben, die Verbesserung des Wahlgesetzes, die Pensionsregelung für die Angestellten der canadischen Nationalbahn usw. Zum Schluß brachte die Rede den Wunsch auf vollständige Wiederherstellung der Gesundheit des Königs George zum Ausdruck.

**Deutscher Seeheld in Florida.**  
Washington. — Paul Müller, ein Deutscher, der in dem kleinen Boot „Aga“ den atlantischen Ozean allein überquert hat, ist drei Meilen südlich von Mosquito Lagoon Station an der Spitze von Florida angelangt, wie dem Hauptquartier der Küstenwache mitgeteilt wurde.

**Franzosen überflogen Atlantik.**  
In Spanien statt in Frankreich gelandet.  
„Blinder Passagier“ war an Bord des „Gelben Vogel“.

Paris, 15. Juni. — Die glücklichen Leute in ganz Frankreich waren ohne Zweifel heute die Eltern von Armeno Votti Jr., einem der französischen Flieger, die ihren Flug über den atlantischen Ozean von Old Orchard, Me., aus erfolgreich durchführten und gestern nachmittags umweit von der Küste in Spanien landeten. Votti Vater, Armeno Votti Sr., ein im Ruhestand lebender Oberst der französischen Armee und ein reicher Hotelbesitzer, hat seinem Sohn verboten, den gefährlichen Flug über den Ozean zu wagen. Nunmehr aber nach Vollendung des Fluges ist der Vater stolz auf seinen Sohn, genau so wie Frau Assolant, Mutter des Fliegers Assolant, die von der Uebertragung ihrer Tochter in Amerika mit einer Amerikanerin kurz vor dem Ausfluge enttäuscht ist.

Comillas, Spanien, 15. Juni. Ein amerikanischer Jüngling, der als blinder Passagier den Flug an Bord des „Yellow Bird“ mit den drei französischen Fliegern mitmachte, hat mit an dem Ruhm Anteil, den sich die französischen Flieger auf Grund ihres flüchtigen Fluges erworben und verdient haben. Das Flugzeug landete gestern um 8 Uhr abends nach Verbrauch des Brennstoffvorrates hier mit dem blinden Passagier Arthur Schreiber aus Portland, Me., an Bord.

Heute haben die drei Flieger Jean Assolant, Rene Lefebvre und Armeno Votti, Belagung des „Yellow Bird“ vor, nach Paris, ihrem eigentlichen Ziel, weiterzuziehen. Der blinde Passagier bildete die Hauptursache, weshalb die Franzosen ihr Ziel nicht erreicht hatten, da sie mit einem Mehrgewicht von 165 Pfund auf dem Flug nicht gerechnet hatten. Der Chefpilot Assolant äußert jedoch,

**Moskau — New York über Alaska.**  
Moskau. — Ein Flug zweier russischer Flieger von Moskau nach New York über Alaska soll am 15. August beginnen. Die beiden Flieger sind die Piloten Schelagin und Wolotow. Der Flug wird von der Sowjet-Luftfahrtsbehörde geplant. Die geplante Route beträgt etwa 12.500 Meilen.

## Canadier erzielt besseren Minderheitenschutz

### Dr. Stresemann rühmt Bestrebungen des canadischen Senators Dandurand.

### Deutscher Außenminister vertritt das Recht der Minoritäten auf eigene Sprache und Kultur.

Madrid. — Fast den von dem canadischen Senator Dandurand durchgeführten Änderungen des Vertrags über die Frage der Bevölkerungsminderheiten verließ die Sitzung des Völkerbundes, für die man ein heftiges Aufeinanderberufen der Gesister vorausgesehen hatte, harmlos wie ein Familientag. Der Bericht, der jetzt den Minderheitsbevölkerungen eine bessere Vertretung in dem mit der Angelegenheit betrauten Komitee des Völkerbundes und sorgfältige Prüfung aller ihrer Beschwerden zuließ, wurde einstimmig angenommen.

Der deutsche Außenminister, Dr. Gustav Stresemann, vermochte sich zwar mit dem Bericht noch immer nicht ganz zu befriedigen, machte gewisse Vorbehalte bei seiner Zustimmung und erklärte, was Deutschland in dieser Frage fordere, entsprechend dem Geiste nach vollkommener Vertretung des Völkerbundes; aber er rühmte die Verbesserung des Vertrags, welche der Canadier zuwege gebracht hat. Er sagte, die Bevölkerungsminderheiten müßten dem Lande, wo sie sesshaft seien, treu bleiben, aber nicht auf Kosten ihrer Sprache, ihrer Kultur und ihrer Hoffnungen.

Briand dagegen sagte, seiner Ansicht nach sei der Bericht in der Fassung, welche ihm das im Mai in London tagende Dreierkomitee des Völkerbundes gegeben, das Wichtigste gewesen; man könne die Bevölkerungsminderheiten in den einzelnen Ländern nicht politische Agitation treiben lassen, welche den Frieden gefährde. In vielen Ländern gebe es den Minderheiten recht gut; sie verlangten gar nichts Besseres. Auch er knüpfte Vorbehalte an seine Zustimmung zu dem Bericht in der veränderten Form, aber natürlich ganz andere als diejenigen Stresemanns.

Der Vertreter Großbritanniens, Sir George Graham, äußerte sein Bedauern darüber, daß der ursprüngliche Bericht böses Blut gemacht, in der neuen Form sei er ein Schritt in der rechten Richtung.  
Der canadische Senator Dandurand setzte lobend auseinander, daß er den Bevölkerungsminderheiten das Recht verschafft hätte, daß fortan ihre Beschwerden im Völkerbund angehört werden würden.

**Kriegswolken über der Mandchurei.**  
Russische Truppen sollen chinesisches Gebiet bedrohen.  
Moskau dementiert die Alarmnachrichten.

London. — Der Express bringt eine Meldung aus Peking, China, daß Sowjetrußland die erste direkte Kriegserklärung gegen China nach den kürzlichen Durchführungen von russischen Konsulaten in der Mandchurei begonnen habe. Russische Truppen sollen die sibirische Grenze überschreiten und Borposien bis östlich von Mandschurien vorgeschoben haben. Die Russen sollen weitere Truppen auf Sonderzügen über die transsibirische Eisenbahn heranziehen.

Tchang Hsiao-Liang, der Diktator der Mandchurei nach dem Tode seines Vaters Tchang Tso-Lin, hat einen dringenden Appell an Kankung gerichtet und erucht, daß Maßnahmen getroffen werden, um sein Gebiet zu schützen.  
Der Express sagt, daß die äußere Mandchurei bereits diplomatisch als Bundesgenosse Rußlands angesehen werden könnte, dessen nächste Handlung wahrscheinlich in der Besetzung dieses Teiles der Mandchurei bestehen dürfte, der besetzt gehalten werden würde, bis Genehmigung für die Razzien auf die Sowjetkonsulate gegeben und die Frage des Verleges der chinesischen Eisenbahn geregelt ist.

Die Regierung in Kankung soll von ihren Konsula in Rußland informiert worden sein, daß die Konsulate von Truppen umgeben wären.

Moskau. — Die Berichte, daß russische Truppen einen Einzug in die Mongolei unternommen haben in Verbindung mit einem möglichen Angriff auf China wurden in offiziellen Moskauer Kreisen in Abrede gestellt. Gleichfalls wurde abgelehnt, daß die chinesischen Konsulate in ganz Sowjet-Rußland unter Bewachung gehalten werden.

**Deutsch-polnische Verständigung.**  
Madrid. — Im Völkerbundrat wurde bekannt gegeben, daß Deutschland und Polen betreffs der Anwendung der Minoritäten-Konvention auf den Teil von Minderheitsgebieten zu einer Verständigung gelangt sind. Gegenwärtige Verständigung über die Abmachung wurden ausgetauscht.

## Ungarn bleibt fest.

### Forbert weiterhin Revision des Trianon-Vertrages.

Budapest. — Ungarn betrachtet den 1920 unterzeichneten Trianon-Vertrag als absolut ungerecht und im Interesse des Friedens einer Revision bedürftig. Diese Erklärung des Außenministers Ballo erfolgte als Antwort der ungarischen Regierung auf die gleichlautenden Protestnoten Rumaniens, Serbiens und der Tschechoslowakei, Mitglieder der Kleinen Entente, gegen Graf Bethlens kürzliche Ansprache am Grabe des Unbekannten Soldaten.

Der Außenminister betont in der Antwort, Ungarn werde in seinen Bemühungen fortfahren, um eine Abänderung des Trianon-Vertrages durch alle zur Verfügung stehenden friedlichen Mittel zu erwirken. Graf Bethlens Rede habe keine neue Lage geschaffen; denn von dem Premier sei wiederholt im Parlament erklärt worden, daß Ungarn den Trianon-Vertrag ohne Wiederrück nicht hinnehmen könne.

**Premier King hat noch keine Nachricht.**  
Ottawa. — Premier King erklärte vor dem canadischen Unterhaushaus, daß er bisher noch keinen Brief empfangen habe, Premier MacDonald nach Washington zu begleiten zwecks Fühlungsnahme mit Präsident Hoover in Verbindung mit einer Erörterung über das Flottenproblem.

**Diplomatenkonferenz in London.**  
Praktische Durchführung der Pariser Reparationsempfehlungen.  
Frankreich macht sich mit dem Gedanken einer baldigen Rheinlandräumung vertraut.

London. — Wie in gut informierten Kreisen bekannt ist, wird im Laufe des Juli eine diplomatische Konferenz in London abgehalten werden, auf welcher über die besten Mittel und Wege beraten werden soll, die Empfehlungen der Pariser Reparationskommission in die Praxis umzusetzen. Diese Konferenz dürfte von den Außenministern der beteiligten Länder besucht werden. Sie soll, wie es heißt, der geplanten Amerikareise des Premier MacDonald vorausgehen.

Paris. — Die öffentliche Meinung scheint sich langsam mit dem Gedanken ausöhnen zu wollen, daß das Rheinland in der nahen Zukunft wahrscheinlich noch vor Ende des Jahres, geräumt werden muß. Der erfolgreiche Abschluß der Reparationskonferenz und die einstimmige Annahme des Young-Planes haben einer tiefen Eindruck gemacht. Französische Beobachter sind den Verhandlungen zwischen den Außenministern Briand und Stresemann, auf der Völkerbundrats-Sitzung in Madrid mit großem Interesse gefolgt.

Die Mehrheit der französischen Kammer-Abgeordneten ist davon überzeugt, daß Frankreich nach dem Prinzip von Recht und Gerechtigkeit nunmehr mit Deutschland und Großbritannien, nachdem das Reparationsproblem endgültig erledigt ist, in Unterhandlungen über die Rheinlandräumung eintreten muß. Die ultraconservative Gruppe, an deren Spitze der frühere Minister Louis Marin steht, widerlegt sich allerdings noch einer baldigen Aufgabe der Okkupation.

In parlamentarischen und offiziellen Kreisen wird aber bereits zugegeben, daß die Vorbereitungen für eine Konferenz der Außenminister in London um die Mitte des nächsten Monats so gut wie vereinbart sind. Auf der Konferenz wird neben der Beurteilung des Berichts der Reparationskonferenz in Paris hauptsächlich über die Reparationsfrage verhandelt werden und die Minister werden das Datum der Räumung anzugeben haben. Frankreich wird auf der Schaffung einer Art Überwachungsorganisation in der demilitarisierten Zone des Rheinlandes bestehen, die so funktionieren sollte, sobald die Truppen der Alliierten abgezogen sind. Deutschland stimmt dieser Forderung vorbehaltlich zu, verlangt aber eine genaue Definierung der Funktionen und der Dauer einer solchen Organisation. Letztere ist, daß eine Mehrheit der Kammer für die Räumung des Rheinlands vor Neujahr vorhanden ist. Die Angelegenheit kann nunmehr auf den Boulevards offen besprochen werden, ohne daß Gefahr vorhanden wäre, daß ein Versäumnis der Idee von seinen Mitbürgern als Feind der Sicherheit Frankreichs niedergeschrien wird.

**Räumung des Rheinlands eine Frage der Politik.**  
Madrid. — Der deutsche Außenminister Dr. Gustav Stresemann und der französische Außenminister Aristide Briand hatten eine längere Konferenz über die Räumung des Rheinlands. Man gelangte zu der Annahme, daß eine solche nur erfolgen könne, nachdem sich auch Belgien und England damit einverstanden erklärt hätten.

**Deutsch-polnische Verständigung.**  
Madrid. — Im Völkerbundrat wurde bekannt gegeben, daß Deutschland und Polen betreffs der Anwendung der Minoritäten-Konvention auf den Teil von Minderheitsgebieten zu einer Verständigung gelangt sind. Gegenwärtige Verständigung über die Abmachung wurden ausgetauscht.